



NEUDRUCK

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

124. Sitzung (öffentlich)

25. Juni 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:13 Uhr bis 14:19 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

11

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, heute über Tagesordnungspunkt 2 abzustimmen.

1 Europäisches Bauhaus-Projekt im nördlichen Ruhrgebiet – Interdisziplinäres Reallabor für nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte

12

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11654

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14288

Schriftliche Anhörung des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3494
Stellungnahme 17/3497
Stellungnahme 17/3486
Stellungnahme 17/3499
Stellungnahme 17/3495
Stellungnahme 17/3472
Stellungnahme 17/3498
Stellungnahme 17/3496
Stellungnahme 17/3611

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

Sodann stimmt der Ausschuss dem Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

2 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018

14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12033

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13430

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14088

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14197

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14289

Ausschussprotokoll 17/1299 (*Anhörung am 05.02.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/13430 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/14088 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/14197 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/14289 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Kommunale Wärmewende vorantreiben

17

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12753

Ausschussprotokoll 17/1415 (*Anhörung am 07.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen **19**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13426

Ausschussprotokoll 17/1434 (*Anhörung am 31.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

5 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) **22**

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13064

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Stellungnahme 17/3804

Stellungnahme 17/4021

Stellungnahme 17/4012

Stellungnahme 17/4032

Stellungnahme 17/4009

Stellungnahme 17/4011

Stellungnahme 17/4022

Stellungnahme 17/3966

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf abzulehnen.

6 Städte und Gemeinden in der Pandemie nicht im Regen stehen lassen – Kommunen schnell, planbar und verlässlich durch die Krise helfen **24**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13061

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3946
Stellungnahme 17/4001
Stellungnahme 17/4018
Stellungnahme 17/4025
Stellungnahme 17/4010
Stellungnahme 17/3947
Stellungnahme 17/4002

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Den Traum vom Eigenheim erfüllen. Das Einfamilienhaus hat Zukunft! **26**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12925

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13185

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3996
Stellungnahme 17/4016
Stellungnahme 17/3965
Stellungnahme 17/4007
Stellungnahme 17/4017
Stellungnahme 17/3999
Stellungnahme 17/3962
Stellungnahme 17/4019
Stellungnahme 17/3985

Stellungnahme 17/3987

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Teil „I. Ausgangslage“ des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss stimmt dem Teil „II. Beschlussfassung“ des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zu.

Sodann stimmt der Ausschuss dem gesamten Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

8 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über bautechnische Prüfungen (BauPrüfVO) 29

Unterrichtung des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/14296
Vorlage 17/5397

– Wortbeiträge

9 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über staatlich anerkannte Sachverständige nach der Landesbauordnung (SV-VO) 30

Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/14297
Vorlage 17/5398

– keine Wortbeiträge

10 Spekulationen und Fehlentwicklungen im Wohnungsbau verhindern 31

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13391

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/4076
Stellungnahme 17/4082
Stellungnahme 17/4086
Stellungnahme 17/4073
Stellungnahme 17/4080
Stellungnahme 17/4066
Stellungnahme 17/4091

– schriftliche Anhörung von Sachverständigen

– keine Wortbeiträge

11 Stadtentwicklung – Ökologisch, energieeffizient und nachhaltig. Mehr Natur beginnt vor der eigenen Haustür. Natur-basierte Lösungen fördern und vorantreiben. 32

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14067

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

12 Mehr Fachkräfte für die Planung des Infrastrukturausbaus gewinnen 33

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13774

– Wortbeiträge

13 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen 34

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14066

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

14 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen 35

in Verbindung mit:

Kommunale Corona-Kosten und finanzielle Schäden der Corona-Pandemie (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)

in Verbindung mit:

Corona und die andauernden finanziellen Folgen für die Kommunen in NRW (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5300

in Verbindung mit:

Kommunale Corona-Kosten und finanzielle Schäden der Corona-Pandemie (Nachbericht) (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5392

in Verbindung mit:

Corona-Rettungsschirm für unsere Kommunen in den Jahren 2021 bis 2024 (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]*)

in Verbindung mit:

Luftfilteranlagen in Schulen in NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]*)

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

15 Fachkräftemangel in NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5299

- keine Wortbeiträge

16 Gemeindefinanzbericht der Landesregierung (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **44**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5393

- Wortbeiträge

17 Schuldenberg der NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 8]*) **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5375

- Wortbeiträge

18 Bagatellsteuern (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **46**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5394

- keine Wortbeiträge

19 Kommunalfinzen – Resolutionen aus den Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10]*) **47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5395

– keine Wortbeiträge

20 Gewerbesteuerrückforderungen der RWE und die Auswirkungen auf die Haushalte der NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 11]*) **48**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5374

– Wortbeiträge

21 Realsteuern der NRW-Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 12]*) **49**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5396

– keine Wortbeiträge

* * *

4 **Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13426

Ausschussprotokoll 17/1434 (*Anhörung am 31.05.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Gesetzentwurf wurde am 28.04.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen. Zustimmung durch AWEL)

Fabian Schrumpf (CDU) erläutert, mit dem Gesetzentwurf mache Nordrhein-Westfalen Gebrauch von der durch den Bund eröffneten Möglichkeit, Windenergieanlagen im Außenbereich baurechtlich zu entprivilegieren. Er bezeichnet Windenergie für die Energiewende als unerlässlich. Als Energieland Nummer eins spiele Nordrhein-Westfalen sowohl beim Ausstieg aus der Kohleverstromung als auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine verantwortungsvolle Rolle, wobei der Koalition insbesondere die Akzeptanz der Bevölkerung am Herzen liege. Deshalb wolle der Gesetzentwurf einen Ausgleich zwischen den berechtigten Ausbauzielen und der Akzeptanz der Bevölkerung herstellen und wiedergewinnen.

Zur von den Sachverständigen geäußerten Kritik im Hinblick auf Wohnbebauung im Außenbereich führt er aus, die Gemeinde müsse zum einen eine Außenbereichssatzung erlassen; zum anderen müsse die Bebauung von einigem Gewicht mit städtebaulichen Zielen und anderem vereinbar sein, sodass er die in der Anhörung geäußerten baurechtlichen Bedenken für zu kurz gegriffen halte. Stattdessen erhielten die Kommunen ein Werkzeug, selbst darüber zu entscheiden, ob sie den Abstand von 1.000 Metern auch bei Siedlungsstrukturen im Außenbereich anwenden oder sich im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung anders entscheiden wollten. Er bezeichnet Repowering als Mittel der Wahl, die Ziele zu erreichen und die Akzeptanz zu erhöhen. Zudem sehe der Gesetzentwurf Bestandsschutz für kommunale Konzentrationszonenplanungen und für bis zum Stichtag vollständig eingereichte Bauanträge für Windenergieanlagen vor.

Henning Höne (FDP) schließt sich Fabian Schrumpf an und unterstreicht, die Koalition wolle Anwohner und potenziell Betroffene schützen, die Akzeptanz erhöhen, den Kommunen Steuerungsmöglichkeiten an die Hand geben und die Ausbauziele im Blick behalten. Durch die technische Weiterentwicklung könne man ein Vielfaches der bisher erzeugten Energie bei weniger Standorten erreichen.

Johannes Remmel (GRÜNE) hält den Gesetzentwurf für aus der Zeit gefallen, mit dem sich die Koalition an der Zukunft Nordrhein-Westfalens, den nächsten Generationen und den ökonomischen Chancen versündige. Stattdessen müsse man zumindest auf den jährlichen Zubau des Jahres 2017 zurückkommen, um die Klimaziele sowie die Erfordernisse der Wasserstoffproduktion und der Chemieindustrie auch nur ansatzweise erreichen zu können. Schon heute finde die Elektrolyse in Norddeutschland statt, sodass die Koalition in Nordrhein-Westfalen Deindustrialisierung betreibe, anstatt zu entfesseln.

Er räumt ein, in manchen Kreisen gebe es eine Überforderung, in anderen hingegen eine hohe Akzeptanz. Die Koalition sehe aber entgegen dem flehentlichen Bitten der Verbände nicht einmal eine Bestandsgarantie für Repowering vor, sodass an manchen Stellen Windenergieanlagen sogar zurückgebaut werden müssten.

Fabian Schrumpf (CDU) hält Johannes Remmel vor, bei der wirtschaftlichen Entwicklung sei Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün sicher nicht ohne Grund deutlich zurückgefallen. Unter einem grünen Ministerpräsidenten erreiche Baden-Württemberg zudem nicht einmal ansatzweise den Windenergiestand Nordrhein-Westfalens. Bei jeder Gelegenheit forderten die Grünen die basisdemokratische Beteiligung vor Ort ein, täten nicht genehme Bürgerinitiativen aber als lautstarke Minderheit ab. Der Gesetzentwurf bedeute nicht, dass nicht jede Kommune über die Bauleitplanung Repowering oder den Neubau von Anlagen bei Akzeptanz der Bürger sicherstellen könne.

Henning Höne (FDP) hält Johannes Remmel vor, der Zweck heilige niemals die Mittel, auch nicht beim Ausbau der Windenergie.

Ralf Nettelstroth (CDU) kritisiert, vor Ort sprächen sich vor allem der NABU, der BUND und teilweise auch die Grünen gegen den Bau von Windkraftanlagen aus, sodass es offensichtlich eine Diskrepanz zwischen der Basis und den Abgeordneten gebe. Insbesondere Ostwestfalen/Lippe leiste bei der Windkraft einen erheblichen Beitrag für Nordrhein-Westfalen, wobei man die Akzeptanz der Menschen keinesfalls beiseiteschieben dürfe. Der Gesetzentwurf bietet einen guten Kompromiss zwischen den verschiedenen Interessenlagen, zumal sich die Bürger vor Ort zum Beispiel auch an der Anlage beteiligen und damit auch von ihr profitieren könnten. Repowering in Windparks werde die Energieausbeute erheblich steigern.

Johannes Remmel (GRÜNE) räumt ein, auch seine Partei diskutiere durchaus Konflikte mit Naturschutzverbänden und halte die Vorstellungen des NABU in Nordrhein-Westfalen für nicht förderlich, wohingegen es auf Bundesebene einen Konsens gebe. Es gehe aber nicht an, die Verantwortung auf die Kommunen abzuschieben. Angesichts des gemeinsamen Ziels der Einhaltung der Pariser Klimaziele und der Klimaneutralität bis 2045 brauche es konkrete Planung.

Wenn Schwarz-Gelb Verträge mit Belgien oder den Niederlanden anstrebe, um Windparks statt in NRW vor deren Küste zu bauen, möge die Koalition dies klar oder andernfalls sagen, woher der Strom denn zukünftig kommen solle. Auch für die Auseinander-

setzung mit den Bürgerinnen und Bürgern brauche es Rückgrat. Wie das Berggesetz zur seinerzeitigen Sicherung der Energieversorgung für die Industrie brauche man auch eine Systematik für die zukünftige lebenswichtige Energieversorgung des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

